

Komitee

"Für eine autofreie Allmend"

Bewohner des Nord -und Burgfeldquartiers

Postadresse

Breitenrainplatz 27

3014 B e r n

Gemeinderat der Stadt Bern

Stadtkanzlei

Junkerngasse 47

3011 B e r n

Bern, 4.2.87

Umgestaltung der kleinen Allmend

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident,

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin,

Sehr geehrte Herren Gemeinderäte,

Am 13. Januar 1987 wurde das Komitee "Für eine autofreie Allmend" gegründet. Eine Liste der bisher beigetretenen Organisationen liegt bei. Bei der Gründung anwesend war eine Fünfergruppe von Anwohnern aus dem Burgfeldquartier, die zwar dem Komitee nicht beitreten konnte, sich aber bereiterklärte, den vorliegenden Brief mit zu unterzeichnen.

Unmittelbarer Anlass zur Komiteegründung bildete das Projekt zur "Umgestaltung der kleinen Allmend", das die Stadtgärtnerei in Ihrem Auftrag bearbeitet (Stand unserer Kenntnisse: anfangs Jan. 87). Das Komitee möchte nicht nur die schon weit fortgeschrittene Zerstörung des Gebietes der grossen und der kleinen Allmend stoppen, sondern längerfristig schon verlorene Grünflächen zurückgewinnen, bzw. aufwerten. Bei den folgenden Darlegungen beschränken wir uns auf die kleine Allmend.

Wir begrüssen ausdrücklich, dass mit Ihrem Projekt versucht wird, sowohl die Motion Käsermann, wie auch das Postulat Scherz zu erfüllen. Beide Vorstösse sind es wert, vollständig realisiert zu werden. Das Projekt löst die ihm gestellten Auflagen in vorzüglicher Weise. Hervorzuheben wäre etwa das Biotop, das richtigerweise dort geplant ist, wo schon natürliche Ansätze vorhanden sind. Schon eher streiten liesse sich über gewisse Auflagen: ist zum Beispiel ein Hartplatzbelag wirklich nötig? Wir sind überzeugt, dass sich alle diese Fragen leicht lösen würden, wenn nicht eine dieser Auflagen derart hochpolitisch wäre, dass sie viele Freundinnen und Freunde der Allmend in Bern und Umgebung aufgeschreckt hat: die Bereitstellung von ca. 3'500 Allwetter-Parkplätzen!

Nachdem die BEA-Parkierung auf der kleinen Allmend bisher immer etwas Provisorisches an sich hatte, wirkt die von Ihnen vorgeschlagene "definitive Lösung" wie eine kalte Dusche. Dabei würde sich doch gerade in dieser Frage eine einmalige Gelegenheit bieten, die Besucherströme von Grossveranstaltungen in andere Bahnen (z. B. auf die Bahn) zu lenken. Solche Anstösse vom "Umdenken" zum "Umhandeln" wären weit über die Kantonsgrenzen wirksam. Sie könnten nicht nur als Behörde, sondern auch als Menschen zeigen, dass Begriffe wie "Waldsterben" und "Verlust an Lebensqualität" nicht leere Schlagworte sind, sondern Realitäten, die auch Ihr Bewusstsein verändert haben. Sehen Sie es nicht auch so, dass das Festschreiben einer grünen Wiese als Parkplatz in der endlosen Kette von ungedeckten Anleihen an die Natur eine weitere hinzufügen würde? Es müsste jetzt also darum gehen, den unheilvollen Trend der vergangenen Jahrzehnte (mehr Verkehr - mehr Strassen - mehr Parkplätze - mehr Verkehr - ..... ) umzukehren. Das heisst für die kleine Allmend, dass nicht nur auf den Bau, bzw. Ausbau von Parkplätzen verzichtet, vielmehr, langfristig gesehen, dort überhaupt nicht mehr parkiert wird.

Dazu braucht es unseres Erachtens zwei Massnahmenpakete:

#### 1. Förderung des öffentlichen Verkehrs

Rund zwei Drittel der BEA-Besucher sind 1986 mit dem Auto gekommen. Dieser unannehmbar hohe Anteil ist nicht zuletzt eine "Frucht" der Anstrengungen der Gemeinde Bern, "genügend" Parkplätze bereitzustellen. Das Parkier-Debakel am ersten BEA-Sonntag 1986 hat gezeigt, dass die "Parkplatz-Bereitstellungspolitik" endgültig gescheitert ist. Wir zitieren dazu aus Ihrem Bericht "Umwelt, Stadt und Verkehr" (1982) : "Die an der Nachfrage orientierte Verkehrsplanung gehört in der Stadt Bern der Vergangenheit an" (S. 13). Damit haben Sie erkannt, dass auch jeder neue Parkplatz einen Anreiz erzeugt, dass noch mehr Leute ihr Auto benutzen. Noch schlimmer: die riesigen Anstrengungen der Behörden zur Behebung der "Parkplatznot" (welch ein Wort, fast nur in der reichen Schweiz denkbar) wirken wie ein behördlicher Segen, der über den Autobenützern ausgeschüttet wird. Unter solchen Umständen ist es nur verständlich, dass gelegentliche Appelle für die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel nicht ernst genommen werden, sprechen doch die Taten der gleichen Behörden eine andere Sprache. Die Sprache der Taten ist es, die ernst genommen wird. Anderswo in der Schweiz gibt es längst Beispiele für einen genau umgekehrten Weg zur Lösung der Parkplatzfrage:

- Bei der CH 91 werden durchschnittlich 65'000 Besucher erwartet, was einem BEA-Spitzentag entspricht. Die CH 91 - Planer gehen davon aus, dass 20 - 30% dieser Leute mit dem Auto anreisen (Bund 6.1.87). Wenn wir für die BEA solche Verkehrsanteile erreichen würden, fielen mehrere tausend Parkplätze weg.



- Sogar der Motorsportclub Wil brachte es fertig, für eine Motocross-veranstaltung eine eigene Bahnstation einrichten zu lassen! (Bund, 12.12.86).
- Die "Phänomena" in Zürich hatte angekündigt, es gebe "praktisch keine Parkplätze". Die Ausstellung war ein grosser Erfolg und es gab dann auch praktisch keine Probleme.

Sie sehen, überall in der Schweiz wird, eben auf eine kreative Art, darüber nachgedacht, wie man den Verkehr bei Grossveranstaltungen auch anders organisieren könnte. Sogar der Landesverband für Sport beschäftigt sich intensiv mit dieser Frage (Bund, 12.12.86).

Diese Beispiele zeigen, dass blosser Aufrufe zugunsten des öffentlichen Verkehrs ohne Taten (siehe oben) nichts nützen. Im Falle der Allmend würde das heissen: Verknappung der Parkplätze! Dies würde kaum ignoriert. Auf eine eher zweifelhafte Art hat die Polizeidirektion übrigens diese "neue Politik" schon einmal durchgespielt: Als nämlich am zweiten BEA-Sonntag 86 ein noch grösseres Debakel (siehe oben) drohte (gleichzeitig war noch ein Fussballmatch), konnte die Polizei durch blosser Stafandrohungen für Falschparkierer ganze Heerscharen zum Umsteigen auf den öffentlichen Verkehr bewegen. Anders gesagt: schon die Verknappung der illegalen Parkplätze zeitigte eine erhebliche Wirkung.

Sie sehen, hier müsste man anknüpfen, sonst besteht die Gefahr, dass wir Bernerinnen und Berner an einem entscheidenden Punkt "zu langsam" sind. Dabei ist die Allmend, gerade auch für den öffentlichen Verkehr, sehr gut erschliessbar (und zum Teil schon erschlossen):

- Extrazüge aus Richtung Oberland und Luzern könnten in Ostermundigen halten. Eine Busverbindung bis Allmend wäre nicht aufwendig.
- Die Industriegeleise ab Ostermundigen würden sogar erlauben, einen Teil der Extrazüge bis 100 m ans BEA-Areal zu führen (Oberland, Luzern).
- Mit einer SBB - Haltestelle im Wylerfeld könnte ein altes Postulat vorerst für Grossveranstaltungen realisiert werden.
- Busunternehmungen müssten vermehrt ins Geschäft gebracht werden.
- SBB-Spezialbillette ausbauen. Integration der Eintrittspreise in Tram -und Busbillette.

Wir würden es schade finden, wenn der "Parkplatzpfad" weiter verfolgt würde, bevor nicht das Menschenmögliche zur Realisierung obiger Vorschläge (die Liste ist sicher nicht vollständig) getan ist.

Allerdings ist uns klar, dass auch dann ein gewisser Teil der Besucher mit dem Auto anreist. Aber auch hier zeigen sich neue Wege:

## 2. Regionale Lösungen für die Parkierfrage suchen

Wir denken dabei an Vorschläge, wie sie etwa das Büro Aarplan im Rahmen ihrer Arbeiten zum BKP gemacht hat (Parkplatz Shoppyländ, usw.)

Teilweise erwägenswert scheint uns die Idee der Autoabhn-Parkierung (einseitige Sperrung für Parkplätze, andere Seite mit Gegenverkehr). Günstig wäre z.B. die (kantonale!) Autobahn Bern - Lyss. Wir versprechen uns von solchen Massnahmen insbesondere eine Entlastung des Nord -bzw. Burgfeldquartiers vom Parkiersuchverkehr. Besonders dann, wenn in den Medien verbreitet würde, im Bereich Allmend gäbe es überhaupt keine Parkplätze. Selbstverständlich müsste auch die Signalisierung "BEA-expo" in der ganzen Stadt geändert werden, die momentan die Verkehrslawinen direkt in Richtung Wohnquartiere steuert! Die einzigen Parkplätze, die während der BEA bei der Tramendstation sinnvoll bleiben, sind die Pendlerparkplätze, die wegen der Ausstellung wegfallen.

Sie sehen, unsere Politik richtet sich nicht gegen die BEA oder andere Grossveranstaltungen, sondern wir möchten bloss deren Begleiterscheinungen in ökologisch verantwortbare Bahnen lenken. Dass die Veranstalter, im Sinne des Verursacherprinzips, dazu ihren Beitrag leisten sollen, ist klar. Natürlich gelten unsere Vorschläge nicht nur für die BEA, sondern, sinngemäss auch für Sportveranstaltungen u.ä.

Zum Schluss noch eine Bitte für die lärm -und abgasgeplagten Anwohner des Schermenweges: Könnten Sie nicht die bei den Parkplätzen einzusparenden Gelder für eine Verlegung des Schermenweges aufwenden?

Uns (und auch der Sache) wäre sehr gedient, wenn Sie uns Ihre Antwort möglichst vor der geplanten Anwohnerversammlung im Burgfeld (25. März) zukommen lassen.

Mit vorzüglicher Hochachtung

A. Hofmann 1)

K. Ammann 2)

Wehrli Wetz. 3)

1) Vertreter Quartierforum

2) Vertreter "Bern bleibt grün" / Bot. Institut

3) Vertreter SP Burgfeld